



**Kommt zum Prozess  
nach Leonberg!!!**

## **Ziviler Ungehorsam gegen Atomwaffen auf der Anklagebank!**

Am Freitag, den 28. Januar 2011 findet im Amtsgericht Leonberg bei Stuttgart (Schlosshof 7, Sitzungssaal 2/EG) um 13 Uhr die Hauptverhandlung gegen den Webadministrator der Internetseite **[www.bye-bye-nuclear-bombs.gaaa.org](http://www.bye-bye-nuclear-bombs.gaaa.org)**, Erwin Eisenhardt, und gegen die Koordinatorin der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA), Marion Küpker, statt. Das Anklagekonstrukt wirft den beiden vor, im Sommer 2009 über die Webseite zu Go-In-Aktionen in den Atomwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel und somit zum Hausfriedensbruch aufgerufen zu haben. Die Anklage lautet auf öffentliche Aufforderung zu Straftaten.

Einen Bericht über die 2009 Sommercamp-Aktionen könnt ihr hier nachlesen:  
**[www.bye-bye-nuclear-bombs.gaaa.org/zc-2009.pdf](http://www.bye-bye-nuclear-bombs.gaaa.org/zc-2009.pdf)**

Im Fliegerhorst Büchel in der Eifel lagern ca. 20 US-Atomwaffen, deren Sprengkraft derjenigen von 150 Hiroshimabomben entsprechen dürfte. Das Jagdbombergeschwader 33 der Bundeswehr trainiert deren Einsatz und muss diese auf NATO-Befehl im Ernstfall abwerfen, was als „deutsche nukleare Teilhabe in der NATO“ bezeichnet wird.

Damit verstößt die Bundesregierung vielfältig gegen Gesetze und auch den internationalen Atomwaffensperrvertrag (NPT), in dem sie sich verpflichtet hat, Atomwaffen weder mittelbar noch unmittelbar von Dritten anzunehmen.

Für Marion Küpker ist der Grund dieses „juristischen Disziplinierungsversuches“ eindeutig: Die Regierung sieht eine Gefahr in der zunehmenden Akzeptanz von Aktionen des Zivilen Ungehorsams, da sich in vielen Bereichen, ob gegen Atomtransporte, gegen Stuttgart 21, gegen Sozialabbau, gegen Nazi-Aufmärsche..., Menschen verstärkt und erfolgreich organisieren.

Von der NATO geht eindeutig Gefahr für den Frieden aus, und auch bei der Atomwaffenfrage sind es gerade ihre führenden Länder - die USA, Frankreich und Großbritannien - die ihre Atomwaffenarsenale in unglaublichem Ausmaß modernisieren und damit der weltweiten nuklearen Abrüstung im Wege stehen. International machen Rüstungskonzerne über selbst geschaffene Bedrohungsszenarien immer größere Profite und heizen durch ihre weltweiten Rüstungsexporte - wobei deutsche Rüstungskonzerne an dritter Stelle stehen - die Rüstungsspirale und die Staatsverschuldungen immer weiter an.

Es wurde im vergangenen Jahr hierfür international die Rekordsumme von 1,5 Billionen Dollar ausgegeben, welches ein Vielfaches dessen ist, was die Weltbevölkerung zur Erfüllung aller ihrer Grundbedürfnisse benötigt.

Weltweit regt sich Widerstand gegen die Verschwendung öffentlicher Gelder, die um so skandalöser ist, wenn es um illegale Massenvernichtungswaffen wie zum Beispiel Atomwaffen geht. Auch in Büchel steht eine Modernisierung der Atomwaffen und deren Kampfflugzeuge für dieses Jahrzehnt an!

Seit 15 Jahren (1996) organisiert die GAAA in Büchel immer wieder verschiedene Protestaktionen, so auch Go-In-Aktionen.

Bisher 53 mal sind GAAA-Aktive deswegen rechtskräftig verurteilt worden und bisher 10 mal auf Grund solcher Aktionen im Gefängnis (Mahnwachen hinter Gittern) gewesen. Wir wollten diese Verfahren, um eine Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zu erreichen: Das internationale Recht ist dem nationalen Recht übergeordnet, sodass

es die Illegalität von Atomwaffen hätte bestätigen müssen. Doch das verweigerte das BVerfG. Um den Druck weiter zu erhöhen, schloss sich die GAAA 2007 mit 48 Gruppen und Organisationen in der Kampagne „Deutschland atomwaffenfrei bis 2010“ zusammen, darunter die Bürgermeister für den Frieden, die Anwälte (IALANA) und Ärzte (IPPNW) gegen Atomwaffen, die kritische SoldatInnenvereinigung „Darmstädter Signal“, die Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF), der Bund für soziale Verteidigung (BSV), der Internationale Versöhnungsbund..., um nach gemeinsamen Absprachen Aktionen „von Lobbyarbeit bis zu Zivilen Ungehorsam“ durchzuführen. Unsere neue Widerstandsbreite brachte endlich die ersten Erfolge: Wir zwangen die Regierung, die Existenz der Atomwaffen - die sie bis 2009 nicht bestätigen wollte - öffentlich zuzugeben.

Westerwelle setzte sich nun 2009 im Koalitionsvertrag für den Abzug dieser Waffen durch Gespräche mit den Verbündeten in der NATO ein, woraufhin Anfang 2010 die „Forderung“ nach Abzug aller 200 in Europa stationierten US-Atomwaffen von fünf europäischen Außenministern erhoben wurde. Die Sache geriet ins Rollen, sodass darüber auf der UN-Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag im Mai 2010 zum ersten Mal diskutiert wurde, und die Forderung der vielen Nichtatomwaffenstaaten nach Abzug fand Eingang in den Dokumentenentwurf.

Für das Abschlussdokument wurde diese aber auf Druck Obamas wieder entfernt. Und auch die Beratungen der „Verteidigungs“minister zum NATO-Gipfel im November 2010 kamen zu dem Ergebnis, dass die US-Atomwaffen in Europa bleiben sollen.

Während wir mit dem Trägerkreis der Kampagne „Deutschland atomwaffenfrei bis 2010“ aktuell eine Folgekampagne planen, sollen nun die Gerichte wieder dafür herhalten, unseren Widerstand zu brechen. Lasst uns gemeinsam zeigen, dass sie mit ihren menschenverachtenden Plänen und ihrer Repression nicht durchkommen.

**Ab 12 Uhr wird es eine Mahnwache vor dem Gericht geben!**

**Kommt zum Prozess!!!**

**Wir freuen uns auch sehr über Spenden für die Verfahrenskosten:**

**GAAA, GLS Gemeinschaftsbank, Kto.-Nr.: 8019151200, BLZ 43060967**

**Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA), Mitgliedsorganisation in der DFG-VK, Kontakt/V. i. S. d. P.: GAAA, c/o M. Küpker, Tel.: 040-430 73 32 [hamburg@bombspotting.org](mailto:hamburg@bombspotting.org)**